

## Top-Agent in der Nato-Botschaft

Der in der bundesdeutschen Nato-Vertretung in Brüssel Anfang April aufgedeckte Spionage-Fall ist schwerwiegender, als die Sicherheitsbehörden zugeben wollen. Seit September 1987 saß der 45jährige Fernmeldebeamte Heinz-Helmuth Werner, 20 Jahre vom Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit entlohnt, an einer der sensibelsten Stellen des Bonner Auswärtigen Dienstes: in der Chiffrierstelle der Bonner Nato-Mission.

Im Schichtdienst, davon sind die Ermittler überzeugt, hat der frühere Bundeswehrsoldat für seine Auftraggeber sämtliche verschlüsselt ein- und ausgehende Telegramme in Klarschrift ablichten können. Werner zog auch Kopien von verschlüsselten Computer-Disketten, die automatisch dechiffriert und im Klartext ausgedruckt wurden. Besonders sicher konnte er sich fühlen, stellten die Ermittler jetzt fest, weil die Tür zur Chiffrierzentrale nur von innen zu öffnen ist. Sicher ist, daß die Empfänger in Ost-Berlin und Moskau bis ins Detail über den Nato-internen Streit um die atomaren Kurzstreckenraketen, die Verhand-

lungspositionen des Westens bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen und bis in die letzten Wochen über alle deutschlandpolitischen Pläne Bonns und seiner Partner unterrichtet waren.

Die Anwerbung Werners, der trotz besonders scharfer Sicherheitsüberprüfungen 1974 als Chiffreur im Bonner AA Fuß fassen konnte, fügt sich für Abwehr-Fachleute in ein durch Überläufer bekanntgewordenes Raster: Begehrt waren für den Osten Hilfskräfte in Vorzimmern und Registaturen, das heißt an Kopiergeräten und in Druckereien, über



Genscher, Schewardnadse

die auch streng geheimes Material für den internen Gebrauch lief. „Guillaume war ein kleines Licht gegen den“, bekennt ein Bonner Abwehrfachmann. Top-Agent Werner habe viel mehr mitgekriegt als der einstige Kanzler-Spion.

Die Bonner haben sich mit dem Fall abermals das Mißtrauen ihrer Partner zugezogen. Erklären könne man nun auch, so ein AA-Diplomat, die Bemerkung des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse gegenüber seinem Bonner Kollegen: „Herr Genscher, wir kennen Ihre Absichten sehr genau.“

### Zusätzlicher Schub

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) will seine Abteilung II (Rechtsradikale) personell verstärken. Der Grund: „Rechtsextremistische Gruppierungen knüpfen zunehmend Kontakte in die DDR und stoßen dort auf Resonanz“ und hätten durch die Entwicklung zur deutschen Einheit „einen enormen zusätzlichen Motivationsschub“ erhalten, heißt es in einem vertraulichen Papier des Bundesamtes. Nach 40 Jahren „politischer Unterdrückung der Bevölkerung“ in der DDR würden sich, schätzt das BfV, „zwangsläufig auch rechtsradikale bis -extremistische Entwicklungen ergeben“. Erste Organisationsstrukturen seien bereits sichtbar. Die Verfassungsschützer erwarten, daß „die rechtsextremistische Szene in einem vereinten Deutschland anwachsen wird“ und sich künftig den „populären“ Themen – Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit in der DDR, Ausländerpolitik und soziale Mißstände (Wohnungsnot)

– zuwenden werden. Für die „orthodox-kommunistischen Parteien“ bedeuten die rasanten politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, so das BfV, „in organisatorischer und personeller Hinsicht einen Niedergang“. Eine Personalverlagerung in diesem Bereich des Amtes „muß die Folge sein“. Keine Entwarnung geben die Verfassungsschützer jedoch im Bereich Linksterrorismus. So habe das Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) bereits Verbindungen zu Gesinnungsgenossen in der DDR aufgenommen. Die Vereinigung werde, schätzt die Behörde, eher zu neuen Aktivitäten der RAF führen.

### Ungarischer Vorstoß

Die osteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion streben neuerdings auch bei der Bewaffnung ihrer Streitkräfte nach mehr Unabhängigkeit von Moskau. Am Rande der Wiener Abrüstungsverhandlungen sondierten tschechoslowa-

kische und ungarische Diplomaten und Militärs bei westlichen Kollegen inoffiziell, ob der Westen nach einem Vertragsabschluß bereit wäre, modernes Kriegsgerät zu liefern. Man wolle nicht länger ausschließlich auf sowjetische Ausrüstung angewiesen sein. Besonders verblüfft zeigten sich Bonner Gesprächspartner über einen Vorstoß der Ungarn mit dem Ziel, aus dem „Jäger 90“ ein „gesamteuropäisches Projekt“ zu machen. Das umstrittene Kampfflugzeug, das Deutsche, Briten, Italiener und Spanier gemeinsam entwickeln, werde zwar nur gegen Devisen zu haben sein. Die Ungarn stehen jedoch auf dem Standpunkt, es sei immer noch besser, die harte Währung für moderne Westtechnik auszugeben als für Importe aus der Sowjetunion, die ebenfalls auf Devisenzahlung bestehen werde. Im Bonner Verteidigungsministerium, wo immer noch an dem kostspieligen Supervogel festgehalten wird, ist die unerwartete Kaufanfrage auf großes Interesse gestoßen.